



Niederschrift

über die 19. Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses
am 19.03.2013

Sitzungsort: kleiner Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 22:22 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzende/r
Knülle, Marc

Vorsitzender

CDU-Fraktion

Weber, Helmut
Feld-Wielpütz, Claudia
Müller, Bernhard
Mölders, Martina
Sobkowski, Paul
Willenberg, Frank
Schell, Georg

Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied vertretend
Ratsmitglied vertretend
Ratsmitglied vertretend

SPD-Fraktion

Nettesheim, Andreas
Karp, Uwe
Seifen, Torsten

Ratsmitglied
Ratsmitglied vertretend
sachkundiger Bürger

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Metz, Martin
Stiefelhagen, Karl

2. stellv. Vorsitzender
Sachkundige/r Bürger/in vertretend

FDP-Fraktion

Züll, Wolfgang E.
Doppler, Klaus

Ratsmitglied
sachkundige/r Bürger/in

Fraktion AUFBRUCH!

Köhler, Wolfgang

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Montexier, Herbert

beratendes Mitglied

Protokollführer/in

Dombrowski, Reiner

Es fehlten entschuldigt:

CDU-Fraktion

Bonerath, Guido

Puffe, René

Bambeck, Jörg

1. stellvertretende/r Vorsitzende/r

Ratsmitglied

Ratsmitglied

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Günther, Christian

Ratsmitglied

Vertreter der Verwaltung:

Herr Gleß

Frau Trimborn

Herr Hennig

Herr Kasper

Herr Knipp

Herr Schwamborn

Herr Steinkamp

Herr Tielke

Herr Trübenbach

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 29.01.2013
3. 13/0043 Bebauungsplan Nr.: 418 'Burgstraße' 1. Änderung in der Gemarkung Niedermenden, Flur 4, südlich der Burgstraße, nördlich der Robert-Koch-Straße und der Behringstraße; 1. Aufstellungsbeschluss; 2. Auslegungsbeschluss
4. 13/0073 5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Sankt Augustin für den Bereich der Gemarkung Niederpleis, Flur 8, Teile der Flurstücke 17 und 9, für den Bereich der Fläche nördlich der Baulücke an der Langstraße; Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden
5. 13/0071 Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 629 'An der Langstraße', für den Bereich der Gemarkung Niederpleis, für den unbebauten Bereich auf der nördlichen Seite der Langstraße, Flur 8, Flurstücke 10,17,18,19 und teilweise Flurstück 9; Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden
6. 13/0074 Rahmenplanung für Sankt Augustin Niederpleis; Vorstellung der Rahmenplanung
7. 13/0063 Vorstellung der Straßenausbauplanungen für das Musikerviertel (Beethovenstraße u.a.) in Hangelar
8. 13/0075 Barrierefreie Bushaltestellen

- 9. 13/0076 Übersicht der Aufgaben im Verkehrsbereich
- 10. 13/0067 Das Umweltprogramm 2013
- 11. Flugplatz Hangelar; Bauvoranfragen und Bauanträge
- 12. 12/0128 Gewässerentwicklung der Siegmündung
- 13. Anträge der Fraktionen
 - 13.1.1. 13/0026 Verkehrssituation/Schleichverkehr Zedernweg/Holzweg
SPD-Fraktion
 - 13.1.2. 13/0077 Maßnahmen zur Reduzierung von Fluglärm am Verkehrslandeplatz Hangelar und durch die Bundespolizei
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 - 13.1.3. 13/0102 Änderungsantrag zu TOP 13.1.2 „Maßnahmen zur Reduzierung von Fluglärm am Verkehrslandeplatz Hangelar und durch die Bundespolizei“
CDU
- 14. Anfragen und Mitteilungen
 - 14.1. Anfragen
 - 14.1.1. 13/0080 Reduzierung des Fluglärms am Verkehrslandeplatz Hangelar
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 - 14.1.2. 13/0092 Sachstand Verlagerung der Kaminholzproduktion nach Buisdorf
CDU-Fraktion

14.2.

Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 29.01.2013
3. Anfragen und Mitteilungen
 - 3.1. Anfragen
 - 3.2. Mitteilungen

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	
---	--	--	--

Der Ausschussvorsitzende stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Wegen der zahlreichen Gäste schlug er vor, den Tagesordnungspunkt

TOP 13.1.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Maßnahmen zur Reduzierung von Fluglärm am Verkehrslandeplatz Hangelar und durch die Bundespolizei“ und den dazu ergangenen **Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP zu TOP 13.1.2** „Maßnahmen zur Reduzierung von Fluglärm am Verkehrslandeplatz Hangelar und durch die Bundespolizei“ vorzuziehen und als **neuen Tagesordnungspunkt 2 a**

zu behandeln.

Damit war der Ausschuss einverstanden.

Protokollnotiz:

Die Protokollierung erfolgt entsprechend der ursprünglichen Tagesordnung.

Herr Gleß von der Verwaltung teilte mit, dass der Tagesordnungspunkt **9, DS Nr. 13/0076** „Übersicht der Aufgaben im Verkehrsbereich“ zurückgezogen wird.

Die so geänderte Tagesordnung fand die Zustimmung des Ausschusses.

2		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 29.01.2013	
---	--	---	--

--	--	--	--

Der Ausschuss nahm die Niederschrift zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.

3	13/0043	Bebauungsplan Nr.: 418 'Burgstraße' 1. Änderung in der Gemarkung Niedermenden, Flur 4, südlich der Burgstraße, nördlich der Robert-Koch-Straße und der Behringstraße; 1. Aufstellungsbeschluss; 2. Auslegungsbeschluss	FD 6/10
----------	----------------	---	----------------

Für die Verwaltung erläuterte Herr Gleß die Sitzungsvorlage.

Herr Karp von der SPD-Fraktion stellte fest, dass seine Fraktion der Beschlussempfehlung zustimmen werde, da es die Wohnqualität der Anlieger erhöhen wird. Er bittet aber darüber zu informieren, dass dann für die Feuerwehr keine Möglichkeit mehr besteht, von der Rückseite der Gebäude in die oberen Geschosse zu gelangen, um so den 2. Rettungsweg sicherzustellen. Leitern der Feuerwehren könnten dort nicht mehr ange- stellt werden.

Herr Züll für die FDP-Fraktion bat, dass im Protokoll festgehalten wird, dass seine Frak- tion grundsätzlich den Anbau von Wintergärten im Rahmen der bauplanungs- und bau- ordnungsrechtlichen Zulässigkeiten ermöglichen möchte. Die Betroffenen möchte er je- doch schützen durch rechtssichere Formulierungen in den Festsetzungen des Bebau- ungsplanes sowie durch eine nachvollziehbare Begründung. Daher habe er einige Punk- te aufgelistet. Er bittet, dass sie dem Protokoll beigelegt werden.

Anmerkung:

Die Stellungnahme von Herrn Züll ist dem Protokoll beigelegt. Ebenfalls beigelegt sind die Erwiderung der Verwaltung sowie die geänderten textlichen Festsetzungen.

Für die CDU-Fraktion stellte Frau Feld-Wielpütz fest, dass ihre Fraktion auch dem Vor- haben grundsätzlich positiv entgegenstehe. Hinweisend auf den Einwand von Herrn Karp bezüglich des 2. Rettungsweges wollte sie von der Verwaltung Näheres wissen.

Herr Gleß teilte dazu mit, dass die Frage der Rettungswege nicht im Bauleitplanverfah- ren geklärt wird, sondern dies die Sache des Baugenehmigungsverfahrens sei.

Dann ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt für das Gebiet der Gemarkung Niedermenden, Flur 4, südlich der Burgstraße, nördlich der Robert-Koch-Straße und der Behringstraße gemäß § 13 BauGB die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr.: 418 „Burgstraße“.

einstimmig

2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt den vorliegenden Entwurf der textlichen Festsetzungen sowie der Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr.: 418 „Burgstraße“ in der Gemarkung Niedermenden, Flur 4, südlich der Burgstraße, nördlich der Robert-Koch-Straße und der Behringstraße gemäß § 13 Abs. 2 Satz 2 und 3 BauGB i. v. m. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind dem Geltungsbereichsplan vom 23.01.2013 zu entnehmen.

einstimmig

Anmerkung:

An der Abstimmung nahm Herr Metz wegen einer kurzzeitigen Abwesenheit nicht teil.

einstimmig

4	13/0073	5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Sankt Augustin für den Bereich der Gemarkung Niederpleis, Flur 8, Teile der Flurstücke 17 und 9, für den Bereich der Fläche nördlich der Baulücke an der Langstraße; Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden	FD 6/10
---	---------	--	----------------

Herrn Gleß von der Verwaltung teilte mit, dass es sich bei diesem und dem nächsten Tagesordnungspunkt um Bauvorhaben der RSAG handeln würde. Geplant seien die

Errichtung einer von der AWO betriebenen Altkleider-Sortieranlage und Umladestation. Des Weiteren soll auf der Fläche ein Betrieb zur Herstellung von Kaminholz angesiedelt sowie eine Lagerhalle zur Unterbringung von Baustoffen errichtet werden. Bezüglich der Umladestation für Altkleider sollen hauptsächlich Menschen mit einem Handicap eingestellt werden. Er habe die Sitzungsvorlage mit gutem Gewissen unterschrieben, weil er das Integrationsprojekt der AWO für eine sehr gute Sache halte. Kritisch sei zu sehen, dass von Seiten der Verwaltung bereits seit Jahren gefordert wird, dass die RSAG eine Gesamtperspektive für dieses Gelände darlegt. Die Forderung nach einer Gesamtperspektive werde er bei der RSAG noch einmal anfordern.

Herr Seifen von der SPD-Fraktion meinte, dass niemand etwas gegen eine Kleidersortieranlage - betrieben von der AWO - an dieser Stelle haben könne. Auch der Betrieb zur Herstellung von Brennholz sei unkritisch zu sehen. Anschließend könne man sich an die Forderung der Verwaltung bezüglich der Gesamtplanung für das Gelände.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! erinnerte daran, dass die RSAG eine lange Phase der Umstrukturierung und Konsolidierung hinter sich habe. Jetzt können von der RSAG Aussagen über die Zukunft des Geländes gefordert werden. Das Projekt selbst habe für ihn positive Punkte darin, dass Materialien einer Verwertung zugeführt werden, die sonst vernichtet würden. Auch sei positiv, dass behinderte Menschen eine Chance bekommen. Kritisch zu sehen sei die Kaminholz-Verarbeitung. Er könne sich das aufgrund der gemachten Angaben nicht vorstellen. Hierzu seien weitere Informationen erforderlich. Bei der Zufahrt sei darauf zu achten, dass diese komplett über das Gelände geführt wird und nicht etwa über die Langstraße, da hier Menschen wohnen.

Herr Gleß wies daraufhin, dass nach den Informationen, die der Verwaltung vorliegen, die Zufahrten zu diesen drei Nutzungen komplett über das RSAG-Gelände geführt werden.

Herr Züll von der FDP-Fraktion signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zu diesem wie auch zum nächsten Punkt. Er wies darauf hin, dass das Sondergebiet einer Zweckbestimmung bedürfe sowohl im Flächennutzungs- als auch im Bebauungsplan. Er stellte die Frage an die Verwaltung, ob bereits eine Überlegung zu den Bezeichnungen gemacht worden sei. Die Sammlung der Altkleider durch die AWO sei eine positive Entwicklung und er hoffe, dass sich das auch auswirke auf die auf privaten oder öffentlichen Flächen aufgestellten Altkleidercontainer.

Herr Gleß gab zur Antwort, dass für den Flächennutzungsplan als Zweckbestimmung der Sonderfläche es genau die Bezeichnung sei, die letztendlich als Nutzungen hinein kommen. Dies würde aber auch in Abstimmung mit der Bezirksregierung erfolgen.

Für Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion sei der Begriff „Baustoffe“ ein dehnbarer. Sie würde die Größe der einzelnen Flächen interessieren. Sie schlage vor, offene Fragen mit der RSAG zu besprechen, indem diese zu einer der nächsten Sitzungen eingeladen wird. Auch wollte sie wissen, wie konkret die Planungen seien, da z.B. nur von Planungen der AWO in der Vorlage die Rede ist. Wünschenswert wäre es, einen regelmäßigen Bericht seitens der RSAG über ihre Planungen auf dem Gelände zu bekommen.

Auch Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte das Vorhaben,

wies aber auch auf immissionsschutzrechtliche Belange hinsichtlich des Betriebes zur Herstellung von Kaminholz hin. Die Forderung der Verwaltung, von der RSAG eine Gesamtperspektive zu erhalten, sei zu unterstützen. Die Verwaltung möge vom Ausschuss als politischen Wunsch mitnehmen, dass eine Gesamtplanung hier vorgestellt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt für das Gebiet der Gemarkung Niederpleis, Flur 8, Teile der Flurstücke 17 und 9, für den Bereich der Fläche nördlich der Baulücke an der Langstraße die Aufstellung der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Sankt Augustin sowie die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden.

Die Änderung des Flächennutzungsplanes wird im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB durchgeführt.“

Die genauen Grenzen des Geltungsbereichs der Flächennutzungsplan-Änderung sind dem Geltungsbereichsplan vom 27.02.2013 zu entnehmen.

einstimmig

5	13/0071	Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 629 'An der Langstraße', für den Bereich der Gemarkung Niederpleis, für den unbebauten Bereich auf der nördlichen Seite der Langstraße, Flur 8, Flurstücke 10,17,18,19 und teilweise Flurstück 9; Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden	FD 6/10
---	---------	---	----------------

Ohne Aussprache fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt für das Gebiet der Gemarkung Niederpleis, für den unbebauten Bereich auf der nördlichen Seite der Langstraße, Flur 8,

Flurstücke 10, 17, 18, 19 und teilweise Flurstück 9, die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 629 „An der Langstraße“ sowie die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.“

Die genauen Grenzen des Geltungsbereichs sind dem Geltungsbereichsplan vom 25.02.2013 zu entnehmen.

einstimmig

6	13/0074	Rahmenplanung für Sankt Augustin Niederpleis; Vorstellung der Rahmenplanung	FD 6/10
----------	----------------	--	----------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte der Ausschussvorsitzende Herrn Schneider von der Fa. La Citta. Einleitend erwähnte Herr Gleß von der Verwaltung, dass das gleich Präsentierte nicht viele Überraschungen bieten werde. Der größte Teil der Aussagen und Inhalte sei abgeleitet aus strategischen Grundlagen, die vom Ausschuss und vom Rat beschlossen wurden. Dazu gehören insbesondere das Stadtentwicklungskonzept 2025, der Flächennutzungsplan aus dem Jahre 2009, das Einzelhandels- und Zentrumskonzept aus dem Jahre 2009 und der Verkehrsentwicklungsplan 2025 aus dem Jahre 2009. Insgesamt habe man es hier mit der grundsätzlichen strategischen Ausrichtung „Revitalisierung des Niederpleiser Zentrums“ zu tun. Die Themen Verkehr und Nachverdichtung seien eingearbeitet worden. Eine Ausnahme sei der Bereich der Grundschule Freie Buschstraße, der in den früheren Konzepten nicht zu finden ist, da der Beschluss über die Auflösung der Grundschule zu einem Zeitpunkt nach der Aufstellung der vorherigen Konzepte beschlossen wurde. Die Aussagen zu diesem Komplex stellen etwas Neues dar. Abschließend möchte er drei Highlights nennen. So sei die Freie Buschstraße ein Standort, wo z. B. Soziales und Kultur einen großen Raum einnehmen könnte. Zweites Highlight sei das Thema Einzelhandel. Hier habe es zu dem von der Fa. La Citta gefundenen Standort eine Übereinstimmung gegeben. Als drittes Highlight sei die grundlegende Auffassung zu nennen, dass es zukünftig um die Entwicklungsachsen Schulstraße, Hauptstraße und Paul-Gerhardt-Straße gehe.

Herr Schneider von der Fa. La Citta stellte anhand einer PowerPoint-Präsentation die Rahmenplanung Niederpleis vor.

Protokollnotiz:

Die PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Der Ausschussvorsitzende bedankte sich bei Herrn Schneider für den Vortrag und erteilte den Fraktionen das Wort.

Herr Seifen von der SPD-Fraktion bedankte sich ebenfalls für den umfangreichen Bericht. Er beleuchtete den Status quo und erkannte aus dem Bericht von Herrn Schneider, dass die aufgezeigten Probleme zu einem Vorteil von Niederpleis geändert werden kön-

nen. Durch den Vortrag sei aber auch bestätigt worden, dass in diesem Ortsteil viel Potential liegt. Auch sei es deutlich geworden, dass bezüglich der Revitalisierung des alten Ortskernes es dieser Standort sei, an dem Einzelhandel zu realisieren ist. Aber nicht nur Nahversorgung sei sinnvoll, sondern ein lebendiger Ortskern insgesamt. Wichtig sei auch der Hinweis zur Freien Buschstraße. Leider liefe die Schule aus, aber die Aussicht auf ein sogenanntes Sozialzentrum sei positiv. Bezüglich der Umgestaltung des Jakob-Fußhöller-Platzes meinte Herr Seifen, dass dies der einzige Platz in Niederpleis sei, wo Brauchtumspflege stattfinden könne. Eine Umgestaltung halte er für möglich, aber auch Brauchtumspflege sollte weiterhin möglich sein. Das Thema einer Reservefläche für Einzelhandel an der Pleistalstraße sei für die SPD kein Thema mehr. Charmanter sei das Vorgestellte wie Museum etc.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion bedankte sich ebenfalls bei Herrn Schneider. Man habe die Informationen über die Rahmenplanung Niederpleis bereits am 11.03.2013 in die Fraktion bekommen und dort darüber beraten. Manche neue Anregungen seien dabei. Andere Dinge seien schwierig vorstellbar. Dazu gehöre die Aussage, die Fahrradfahrer auf die Hauptstraße zu leiten. Bezüglich des Einzelhandels stelle sich das Problem, wo die Mitte von Niederpleis ist. Ihr falle es schwer von einer neuen Mitte zu reden. Es gelte, den besten Weg zu finden, diese Mitte herauszuarbeiten und für die nächsten Jahre zu realisieren. Eine angedachte Verlagerung der Feuerwehr sei aus planerischer Sicht sicherlich nachvollziehbar, müsse aber genau überdacht werden. Auch im Hinblick auf den sich gegenüber entwickelnden Einzelhandel erwarte sie von der Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen eine Einschätzung. Die Anregung bezüglich eines sozialen Zentrums im Bereich der alten Grundschule an der Freien Buschstraße halte man in ihrer Fraktion für sehr gut. Man werde sich mit diesem Thema umgehend befassen und man sei dankbar, wenn bei Fragen auch mit dem Gutachter Rücksprache gehalten werden könnte.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedankte sich auch bei Herrn Schneider für den Vortrag und auch für dessen gute Ortskenntnisse. Bei dem Gutachten handele es sich um eine Vision. Es seien langfristige Ziele sowie Vorgaben, die anstoßen sollen. Er wolle mit den Bedenken anfangen und verwies auf den Jakob-Fußhöller-Platz. Er sehe die Gefahr, dass durch eine Bebauung Konfliktpunkte geschaffen werden könnten. Es sei bereits diskutiert worden, den Jakob-Fußhöller-Platz an gewissen Tagen als Reserveparkplatz auszuweisen. In anderen Ortsteilen würde ähnlich gehandelt. Besonders gut gefallen haben an den Plänen die Aussagen zu den Geh- und Radwegen sowie zu den Bushaltestellen. Nun bleibe die Frage, was zu tun ist. Gemeinsam mit dem „Landesbetrieb Straßen“ müsse die Ortsdurchfahrt umgesetzt werden. Mit dem Sozialdezernenten und der Jugendhilfeplanung sei über das Sozialzentrum zu sprechen. Daher rege seine Fraktion explizit an, dass sich auch der Sozialdezernent damit befasst und die Planung auch in die entsprechenden Ausschüsse gibt. Als Wichtigstes sei der Bebauungsplan zum Einzelhandel zu nennen. Es sei die Chance für Niederpleis, dort eine Ortsmitte herzustellen, die auch langfristig trägt.

Herr Gleß führte zum weiteren Vorgehen aus, dass der Verwaltung vorschwebt, eine Art Regieanleitung zur Umsetzung der Rahmenplanung vorzulegen. Es müssen Fahrpläne entwickelt werden, wie die einzelnen Bausteine mit welchen Methoden und welchen Instrumenten und in welchen Zeiträumen umgesetzt werden können. Diese Regieanleitung würde mit einem Beschlussvorschlag in einer der nächsten Sitzungen unterbreitet werden.

Herr Metz schloss an seinen Vortrag an, dass auch die Bürgerinformation bzw. Bürgerbeteiligung zu berücksichtigen ist.

Frau Feld-Wielpütz ergriff noch einmal das Wort und teilte mit, dass man mit der Regieanweisung sehr einverstanden sei. Sie stellte die Frage, an wen man sich bei Nachfragen seitens der Fraktionen wenden könne.

Herr Gleß antwortete, dass über die in der Sitzungsniederschrift protokollierten Fragen zusätzlich entstehende Fragen selbstverständlich an die Verwaltung geleitet werden können. Sollten von Verwaltungsseite die Fragen nicht selbst beantworten können, würde sie ggf. mit Herrn Schneider Kontakt aufnehmen.

Auch Herr Züll von der FDP-Fraktion bedankte sich bei Herrn Schneider. Es sei mehr geworden als nur das Zusammentragen von Ideen und Überlegungen. Der Plan stehe und falle mit der Revitalisierung des Ortskerns. Er meine, Herr Gleß sei es gewesen, der den Vorschlag gemacht habe, über die Straße zu gehen und auch den Jakob-Fußhöller-Platz mit einzubeziehen. Er sei erstaunt, dass eine solche Lösung, wie sie von Herrn Schneider im Bericht bildlich dargestellt ist, in dessen Heimat funktioniere. Auch die Verlagerung der Bushaltestelle mache deutlich, dass Leben dort attraktiver gestaltet werden kann. Man sei dankbar für die von außen kommenden Ideen. Unter anderem sei angeregt worden, zu überprüfen, ob dies auf Dauer der richtige Standort für die Feuerwehr sei. Im Schatten der Revitalisierung des alten Edeka-Marktes und der Überlagerung 1 a-/1 b-Standort hat sich gegenüber der Grundschule Freie Buschstraße ein Selbstläufer entwickelt, der eine Bank und auch ein kleines Ärztezentrum beinhalten soll. Er finde es mutig, gut und richtig, dass einerseits die Freiflächen aufgezeigt wurden, aber auch, dass man sich durch das Stadtentwicklungskonzept selbst die Aufgabe gestellt habe, die Binnenentwicklung mit einer Verdichtung voranzutreiben. Auch sei festgestellt worden, dass der an der Pleistalstraße gelegene 1b-Standort für den Einzelhandel nicht ganz abwegig ist, aber auch eine alternative Nutzung in diesem Bereich darstellbar ist.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! bedankte sich ebenfalls bei Herrn Schneider. Der Vortrag habe in manchen Bereichen die Augen geöffnet, aber auch selbst so Gesehenes bestätigt. Als bestes Beispiel der Bestätigung eigener Erkenntnisse sei die Benennung des Standortes für den Nahversorger. Die Rahmenplanung habe man auch deswegen gefordert, um die Planung für das Nahversorgungszentrum in einen größeren Kontext einzubetten. Die Rahmenplanung muss zum Anlass genommen werden, hieraus etwas zu machen. Der zentrale Punkt, an dem anzusetzen ist, ist der Nahversorgungsbereich. Dieser müsse in einer Prioritätenliste ganz nach oben gestellt werden. Viele Dinge würden sich daraus ergeben, z. B. die Lage der Bushaltestellen, die Radwegeführung, die Querungshilfe und auch die Klarheit über den Jakob-Fußhöller-Platz.

Der Ausschussvorsitzende fasste die Diskussion zusammen und stellte fest, dass davon auszugehen ist, dass der Ausschuss den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis nehmen wird, aber das die Zustimmung auch das beinhalte, was Herr Gleß bezüglich der Regieanweisung gesagt habe.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

7	13/0063	Vorstellung der Straßenausbauplanungen für das Musikerviertel (Beethovenstraße u.a.) in Hangelar	FB 7
----------	----------------	---	-------------

Herr Schwamborn von der Verwaltung erläuterte die Sitzungsvorlage und zeigte anhand eines Planes, wo Kanäle saniert bzw. neu gebaut werden müssen. Er teilte mit, dass für den 1. Bauabschnitt eine Bürgeranhörung für den 18.04.2013 geplant ist. Zum 1. Bauabschnitt würden die Gottfried-Kinkel-Straße, die Gerhart-Hauptmann-Straße, die Richard-Wagner-Straße und der nördliche Teil der Mozartstraße gehören. Baubeginn soll noch in diesem Jahr sein, hierzu gehöre auch der Kanalneubau. Die Straßen des 2. Bauabschnittes werden nur kanalsaniert. Er wies auf die in der Beethovenstraße befindliche städtische Fläche hin, die heute beparkt wird. Diese soll aufgewertet und begrünt werden. Bezüglich der Straßenbeleuchtung teilte er mit, dass zukünftig LED-Leuchten Verwendung finden. Auf Nachfrage vom Ausschussvorsitzenden teilte Herr Schwamborn zusätzlich mit, dass Hochbordsteine eingesetzt werden, aber bei den Querungshilfen barrierefreie Absetzungen erfolgen.

Herrn Nettesheim von der SPD-Fraktion hält es für wichtig, dass die Abstimmungen eng mit den Bürgern erfolgen und diese auch mitentscheiden über die Farbgestaltungen des Pflasters, aber auch, ob Aufpflasterungen in diesem Bereich wegen einer möglichen Lärmbelästigung sinnvoll seien.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN meinte, dass es hauptsächlich auf die Bürgerinformation ankomme. Es stellt sich die Frage, ob Hochbordsteine in einer Tempo-30-Zone noch zeitgemäß sind.

Herr Schell von der CDU-Fraktion verwies auf die bisherigen Straßenausbauplanungen, u. a. auf dem Niederberg. Dort habe man durchweg Zustimmung zu den Maßnahmen der Verwaltung erfahren. Auch lobte er die dort gezeigte Flexibilität der Verwaltung und er hoffe, dass dies auch zukünftig so ist. Auch er finde, dass die Bürgeranhörung sehr wichtig ist. Bezüglich der Aufpflasterungen in beruhigten Zonen warnte er vor den Schwankungen in der Geräuschkulisse durch das Auf- und Abfahren und wieder Anfahren. Er bittet zu prüfen, ob in einem Gebiet, wo nicht extrem große Verkehre stattfinden, Aufpflasterungen sinnvoll seien. Da grundsätzlich in Hangelar zu wenige Stellplätze vorhanden sind, sei es wichtig, dass möglichst keine Stellfläche in der Summe wegfällt.

Auch Herr Züll von der FDP-Fraktion unterstrich das Gesagte von Herrn Schell bezüglich der Aufpflasterung in einem Wohnbereich. Gerne möchte er das in der Bürgerinformationsveranstaltung von der Verwaltung thematisiert wissen. Er könne sich auch alter-

nierendes Parken vorstellen, um so Geschwindigkeit herauszubekommen. Zu den Bordsteinabsenkungen bei Querungen stellte er die Frage, ob Traktierungen vorgesehen sind. Das sei nicht vorgesehen, erwiderte Herr Schwamborn.

Auch Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! stellte die Frage, warum sich die Verwaltung für das Trennprinzip Autofahrer vom Fußgänger entschieden habe. Sollte die Verwaltung bei den hohen Bordsteinen bleiben, würde regelmäßig im Bereich der Hauseinfahrten abgesenkt. Rollstuhlfahrer hätten dort Schwierigkeiten. Auch er sehe Aufpflasterung kritisch. Er verwies auf das extrem entwickelte Beispiel in der Niederpleiser Straße.

Bezüglich der Absenkungen der Bordsteine stellte Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion eine grundsätzliche Frage. Menschen mit Rollatoren haben zunehmend Probleme damit, gerade auch vor Ärztehäusern. Oft gäbe es auch Problem an Ampelanlagen. Manche kommen nur erschwert an der anderen Straßenseite wieder auf den Bürgersteig. An einigen Stellen habe der Bauhof Teer aufgeschüttet und das Problem somit entschärft. Sie habe die Bitte, dass mitgeteilt wird, ob dies an bestimmten Stellen im Stadtgebiet so möglich ist.

Herr Montexier vom Integrationsrat wollte wissen, ob bei den anstehenden Kanalsanierungen auch die Bürger für die Sanierung ihrer Anschlüsse mit einbezogen werden.

Herr Züll wies im Hinblick auf die Dichtigkeitsprüfung darauf hin, dass der gesamte Bereich in der Wasserschutzzone 3 b liege. Er halte es für sinnvoll, die betroffenen Menschen in den jeweiligen Straßen dazu zu sensibilisieren.

Bezüglich der Hochbordsteine meinte Herr Schwamborn, dass es eine Abwägungssache ist, ob man Bordsteine mit dem 12 cm hohen Auftritt oder die abgesenkten mit dem 3 cm hohen Auftritt nehme. Hier habe man sich für die Hochbordvariante entschieden, weil man den Begegnungsverkehr nicht über den Gehweg führen möchte. Dies passiere bei abgesenkten Bordsteinen häufiger. Der Schutz des Fußgängers stehe hier im Vordergrund. Bezüglich der Aufpflasterung verwies er auf die Alte Marktstraße, wo eine Aufpflasterung von 6 cm angebracht wurde. Das könnte im Rahmen der Bürgeranhörung diskutiert werden. An der Parkfläche in der Beethovenstraße würde man auf 4 Stellplätze gegenüber dem heutigen Zustand verzichten. Es soll nicht nur die Rückseite begrünt werden, sondern man wolle auch in Abständen von 4 bis 5 Stellplätzen Bäume pflanzen. Sollte das aber anders gewünscht sein, wäre das auch durchführbar. Die geplanten Absenkungen der Hochbordsteine würde keine Hilfe für Sehbehinderte beinhalten. Diese halte man an neuralgischeren Stellen für erforderlich. Bezüglich der Kanalsanierung teilte er mit, dass teilweise Kanalkompletterneuerungen und teilweise Schlauchlining in den Hauptkanälen durchgeführt wird. Alle Hausanschlüsse seien desolat, sie würden in offener Bauweise ausgetauscht, und das bis zur Grundstücksgrenze. Die Anlieger seien gehalten, im Rahmen des Wassergesetzes ihrer Verpflichtung nachzukommen und innerhalb der Wasserschutzzone bis zum 31.12.2015 zu sanieren. Es sei noch nicht abschließend geklärt, in welcher Deutlichkeit das den Bürgern in der Informationsveranstaltung mitgeteilt wird.

Herr Gleß von der Verwaltung ergänzte bezüglich der Dichtheitsprüfung, dass man bislang Angebote gemacht habe. Dies würde auch weiter formuliert werden. Was die Traktierung in bestimmten Bereichen für Sehbehinderte anbelangt, werde dieses auf Anforderung gemacht. Auch dazu soll die Bürgerinformationsveranstaltung dienen. Auch bei

einem ausgebauten Straßenzustand gebe es das künftige Angebot, bei Bedarf darauf zu reagieren. Bezüglich eines Misch- oder eines Trennprofils bekannte Herr Gleß, dass er, wenn er es wünschen könnte und ohne dabei auf die Höhe der finanziellen Mittel zu achten, das Mischprofil bevorzuge mit einer vernünftigen Straßenmöblierung. Es sind aber nicht nur auf die finanziellen Mittel des städtischen Haushalts zu achten. Ein Mischprofil würde auf jeden Fall einen höheren finanziellen Einsatz erfordern als das Trennprofil. Es gehe also auch um die Berechnung der KAG-Beiträge. Das betrifft auch die Straßenrandbegrünung. Diese kosten zusätzlich Geld und werden zu 90 % auf die Anlieger angerechnet. Oft fielen solche Forderungen dann einem Streichkonzert zum Opfer.

Der Ausschussvorsitzende warf ein, dass die behindertengerechte Aufwertung von Straßen nicht auf Bedarfsanforderung erfolgen sollte.

Herr Gleß erwiderte, dass die Straßenzüge immer so ausgebaut werden, dass sie barrierefrei querbar sind. Gehe es aber um zusätzliche Elemente wie z. B. die Traktierung von ganz bestimmten Bereichen, die dazu dienen soll, dass Menschen mit Sehbehinderungen über den Stock oder die Gehhilfe die Bordsteinkante ertasten, mache es keinen Sinn, untergeordnete Wohnstraße auf Verdacht hin auszustatten. Es mache mehr Sinn, ganz konkret auf die Belange und Bedürfnisse der Betroffenen, so sie sie äußern, einzugehen.

Für Herrn Schell von der CDU-Fraktion stellt sich die Ideallösung in der Form dar, dass die Aufpflasterung mit den Anwohnern besprochen wird. Bezüglich der Stellplätze in der Beethovenstraße stellte er noch einmal fest, dass dort der Hangelarer Ortskern beginne und für diesen ein Parkplatzplatzproblem besteht. Das würde verschärft, wenn 4 Stellplätze wegfielen. Er gehe davon aus, dass bezüglich der Kosten der Bürger für den Straßenausbau die Verwaltung in Härtefällen die Möglichkeit der Stundung anbietet.

Bezüglich der Dichtigkeitsprüfungen teilte Herr Metz seine persönlichen Einschätzung mit, dass in diesem Bereich sehr wenige Prüfungen durchgeführt wurden. Bezüglich der besonderen Maßnahme für Sehbehinderte stellte er die Frage nach den Mehrkosten, wenn man sie sofort einbaue. Auch wollte er wissen, wie denn die Höhe der Bordsteinkante zum Straßenniveau sei. Bei allen bisher neu gebauten Straßen habe man die relativ niedrigen Bordsteine von 3 bis 4 cm. Diese seien für Menschen mit Behinderungen, Rollstuhlfahrern oder Kinderwagenfahrer noch zu meistern.

Herr Züll unterstrich, dass es nicht darum gehe, sämtliche Wege mit traktilen Platten zu versehen, sondern lediglich die 3 oder 4 Platten in dem Bereich des jeweiligen Übergangs. Er bittet darum, darüber noch einmal nachzudenken.

Herr Montexier bat die Verwaltung, sich bei der Bürgerinformationsveranstaltung positiv zur Kanalsanierung zu äußern. Er habe gehört, dass das Land ggf. auch finanzielle Unterstützungen gibt, wenn die Dichtigkeitsprüfung durchgeführt wird. Seine Bitte an die Stadtverwaltung sei, dies in der Bürgerveranstaltung deutlich zu kommunizieren.

Herr Nettesheim verwies auf den Bauabschnitt Hangelar-Ost, und hier z. B. auf die Straße „Teichgraben“. Dort könne beobachtet werden, wie es hoch und hinunter gehe, weil dort die Einfahrten relativ nahe beieinander liegen.

Herr Schwamborn beantwortete die Frage von Herrn Metz indem er bekannt gab, dass der Hochboard 12 cm habe und in den Grundstücksabsenkungen 3 cm.

Herr Metz gab an dieser Stelle zu Protokoll, dass er der Straßenausbauplanung zustimme, dass das aber nicht bezogen sei auf die Höhe der Bordsteine. Auf Grund der Lage und der relativ geringen Gefahr des Begegnungsverkehres mit LKWs könne man mit niedrigen Bordsteinen arbeiten.

Herr Köhler gab darauf hin zu Protokoll, dass er der Straßenausbauplanung jetzt nicht zustimmt, sondern dazu allenfalls bereit ist, wenn die Informationsveranstaltung gelaufen ist.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass Erklärungen zum Abstimmungsverhalten meist erst nach der Abstimmung erfolgen.

Frau Feld-Wielpütz bemerkte, dass der Straßenausbau kein Politikum werden sollte. Vom Ansinnen her könne man sich den Vorstellungen der Grünen anschließen. Ihre Frage an die Verwaltung sei aber, ob ein Umbau der Straßen, anders als die vorgestellte Konzeption, Auswirkungen für das Verfahren habe? Man habe noch Erläuterungsbedarf, doch jetzt stelle sich auch die Frage, ob es möglich ist, die Erteilung der Zustimmung bis nach der Bürgerinformationsveranstaltung zu vertagen.

Herr Gleß stellte fest, dass, wenn es der Wille des Ausschusses ist, man der Verwaltung den Auftrag geben mag, die Planung zu überarbeiten, so z.b. im Hinblick auf die Höhe der Bordsteine und wenn es entsprechend gewünscht ist, auch mit der Einarbeitung von entsprechenden Leitmarkierungen für Sehbehinderte. Dann könnte in der nächsten Sitzung des UPV die entsprechende Planung präsentiert werden. Dazu sollte aber die im April geplante Informationsveranstaltung abgesagt und erst dann durchgeführt werden, wenn der Ausschuss eine entsprechende Beschlussfassung vorgeschlagen hat. Herr Gleß teilte mit, dass er, bevor er in die Bürgerschaft geht, eine mit dem Ausschuss abgestimmte Planung haben möchte.

Nun stellte der Ausschussvorsitzende fest, dass er eine andere Wahrnehmung habe, als es im Ausschuss diskutiert wurde. Es gehe um Meinungen im Ausschuss bezüglich der Bordsteinhöhe und auch bezüglich der Einrichtungen für behinderte Menschen. Dass es hierzu andere Meinungen und Überlegungen gibt, sei deutlich. Er halte es aber für sinnvoll, dass man sehr wohl die Bürgerversammlung wie geplant stattfinden lässt. Man könnte den von der Verwaltung erstellten Plan vorstellen und bei den kritischen Punkten den Hinweis geben, dass darüber im Ausschuss diskutiert worden sei. Sollte die Bevölkerung ebenfalls Bedenken haben, so sei die Verwaltung frei, sich vom Ausschuss die Änderungen in der nächsten Sitzung bestätigen zu lassen.

Frau Feld-Wielpütz erinnerte an ihre Frage, wie weit das Ausschreibungsverfahren gediehen sei und ob ggf. die Möglichkeit bestehe, mit Alternativpositionen zu arbeiten.

Herr Züll wünschte, dass man einen Konsens finden und auch der Verwaltung helfen solle, die Zeitschiene einzuhalten. Sollte es seitens der Bevölkerung zu den vom Ausschuss geforderten Änderungen keine Zustimmung geben, sollte die Verwaltung, so wie sie es vorgeschlagen hat, voranschreiten. Sollte es aber von der Bürgerschaft zu anderen Meinungen kommen, hätte die Verwaltung seitens des Ausschusses die Blanko-

zustimmung, dann so zu verfahren.

Herr Köhler gab zu Bedenken, wie es denn in der Bevölkerung ankommt, wenn bereits ein Beschluss gefasst wurde. Das sehe so aus, als wäre alles entschieden.

Auf die Frage von Frau Feld-Wielpütz bezüglich der Ausschreibung teilte Herr Gleß mit, dass diese selbstverständlich noch nicht durchgeführt sei, weil man aus der Politik noch keinen Beschluss habe. Der Ablauf der Dinge sei immer gewesen, mit der Planung in die Politik zu gehen, dann die Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen, in der weitere Aspekte einfließen. Fordere man beispielsweise eine Verkehrsberuhigung, relativiere sich der Wunsch, sobald die Kosten hierfür bekannt werden.

Herr Metz stellte nunmehr den Antrag, dass der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss die Straßenausbauplanungen beschließen möge unter der Maßgabe, dass eine Diskussion über die Bordsteinhöhe usw. in der Bürgerveranstaltung erfolgt. Er habe völliges Verständnis für die Verwaltung, nur mit Rückendeckung des Ausschusses in eine Bürgerinformation zu gehen.

Diesen Vorschlag halte er für effizient, teilte Herr Gleß mit. Man käme zeitlich weiter, könnte in der Bürgerveranstaltung die abweichenden Punkte mitteilen und hätte die Möglichkeit, die finanziellen Kosten darzustellen.

Frau Feld-Wielpütz meinte mit, dass es dann keinen Änderungsantrag brauche. Die Bedenken des Ausschusses seien im Protokoll deutlich gemacht worden.

Herr Metz beantragte, dass im Beschlussvorschlag eingebaut wird „unter Berücksichtigung der in der Sitzung geäußerten Anregungen“.

Damit war der Ausschuss einverstanden; danach lautet der Beschlussvorschlag wie folgt:

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin stimmt den vorgestellten Straßenausbauplanungen Beethovenstraße, Mozartstraße, Schubertstraße, Brahmsstraße, Gerhard-Hauptmann-Straße, Richard-Wagner-Straße, Gottfried-Kinkel-Straße sowie Händelstraße zwischen Einmündung Beethovenstraße und Eisenbahn, unter Berücksichtigung der in der Sitzung geäußerten Anregungen, zu. Sollten sich in der noch durchzuführenden Bürgerinformationsveranstaltung wesentliche Änderungen ergeben, wird der Ausschuss hierüber informiert. Unter dieser Voraussetzung wird die Verwaltung ermächtigt, die Auftragsvergabe vorzubereiten.

einstimmig

--	--	--	--

Bezüglich der Haltestelle „Hangelar-Mitte“ regte Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, diese vor dem Hintergrund heraus zunehmen, dass noch zu der Verkehrssituation in Hangelar weitere Diskussionen folgen. Ähnliches gelte für „Meindorf-Siedlung“, da man im Zusammenhang mit dem Nahversorger nach anderen Möglichkeiten suche.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion regte an, die Ehrenamtliche Behindertenbeauftragte zu hören. Auch sollte es eine Information an den Sozialausschuss geben. Man habe ihr mitgegeben, um die Aufnahme der Haltestelle „Menden-Bahnhof in Richtung Meindorf“ zu bitten. Dies sei aber evtl. auch nicht notwendig durch die geplante Verschiebung auf die L 16. Das bitte sie zu prüfen. Darüber hinaus stellte sich die Frage, mit welchem Verfahren Bushaltestellen umbenannt werden können.

Der Ausschussvorsitzende gab hierzu den Hinweis auf den Arbeitskreis ÖPNV.

Man stimme der Vorlage zu, meinte Herr Nettesheim von der SPD Fraktion, sehe aber dringendere Maßnahmen als die jetzt dargestellten. Er nannte z. B. die Haltestelle in Buisdorf-Buschberg sowie die Warthalle am AEG, aber auch die Verlagerung der Bushaltestelle am neuen Penny-Markt. Im Zusammenhang mit dem zweiten Bauabschnitt des P&R-Parkplatz Hangelar stellte er die Frage nach der Möglichkeit, die Bushaltestelle Hangelar-Ost auf den P&R-Parkplatz zu verlagern. Damit könne auch klagenden Anwohnern Rechnung getragen werden.

Herr Hennig von der Verwaltung teilte mit, dass die Haltestelle „Hangelar-Mitte“ herausgenommen werden kann. In der Sitzungsvorlage sei es so konzipiert, dass im Förderfall die Haltestellen durchaus im Laufe des Verfahrens getauscht werden können. Zu den genannten Haltestellen Meindorf-Siedlung und Meindorf-Bahnhof bestehe das Problem, dass man mit dem zuständigen Landesbetrieb nicht ins Gespräch kommt. Die Verwaltung könne sich vorstellen, die Bushaltestellen im Bereich der L 16 so zu verlegen, dass sich ein Haltestellenpaar in unmittelbarer Nähe des Einfahrtsbereiches des neuen Baugebietes am Fasanenweg befindet. Auch muss die Haltestelle Meindorf-Siedlung mit dem Landesbetrieb besprochen werden. Platzhalter in der Liste können durchaus verschoben werden. Die Behindertenbeauftragte sei eingebunden. Umbenennungen von Bushaltestellen können zum Fahrplanwechsel passieren. Man bräuchte in der Regel einen triftigen Grund. Die Haltestelle Buschberg sei in Bearbeitung. Bezüglich der Warthalle am AEG erinnere er, dass sich FB 7 darum kümmert. Die Haltestelle Hangelar-Ost könne grundsätzlich verlagert werden, man müsse aber die Fördermittel zurückzahlen.

Herr Schell von der CDU-Fraktion nahm zur Haltestelle Hangelar-Ost Stellung. Die Entstehungsgeschichte der Bushaltestelle sei unglücklich gewesen, man habe dort eine Einstiegshaltestelle, die nicht überdacht ist. Er stellte die Frage nach den Kosten einer Verlegung.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung zur Herstellung barrierefreier Bushaltestellen zu.

einstimmig

9	13/0076	Übersicht der Aufgaben im Verkehrsbereich	FD 6/10
----------	----------------	--	----------------

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

10	13/0067	Das Umweltprogramm 2013	BNU
-----------	----------------	--------------------------------	------------

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion zeigte sich von dem Umweltprogramm sehr begeistert und bedankte sich seitens der CDU-Fraktion dafür.

Mit einem besonderen Dank seiner Fraktion stellte Herr Züll von der FDP besonders die Kostenneutralität heraus.

Mit dem Dank des Ausschusses schloss der Ausschussvorsitzende den TOP, nachdem der Ausschuss den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis genommen hat.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

11		Flugplatz Hangelar; Bauvoranfragen und Bauanträge	
-----------	--	--	--

Der Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

12	12/0128	Gewässerentwicklung der Siegmündung	FD 6/10
-----------	----------------	--	----------------

Laut Mitteilung von Herrn Gleß liegen der Verwaltung keine aktuellen Pläne vor, die sie in die Lage versetzen würde, den Ausschuss über einen neuen Kenntnisstand zu informieren. Es liege lediglich eine Einladung für die nächste Lenkungsgruppe vor, die am 8.5.2013 stattfinden wird. Dem Vernehmen nach sollen zu diesem Termin neue Pläne vorgestellt werden, die einer Vielzahl der Beteiligten bereits bekannt sein sollen, nur nicht der Stadtverwaltung. Nach wie vor gebe es von Seiten der Bezirksregierung keine geeignete Form der Zusammenarbeit. Dies prangere er zutiefst an.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützte die Äußerungen des Ersten Beigeordneten. Man sei verwundert über eine Presseerklärung von Seiten der CDU-Fraktion, in dem der Ortsvorsteher von Menden zitiert wurde, „er würde dafür sorgen, dass auch auf Mendener Gebiet keinerlei Änderungen kommen sollen“. Das würde bedeuten, dass die Stadt Sankt Augustin an der Gewässerentwicklung der Siegmündung nicht partizipieren würde. Er sei aber nicht der Auffassung, dass die Stadt Sankt Augustin sich an dem Projekt überhaupt nicht beteiligen soll.

Herr Schell von der CDU-Fraktion machte deutlich, dass er die Äußerungen des Herrn Metz verstehe. Er möchte als Fraktionsvorsitzender ganz klar zum Ausdruck bringen, dass man selbstverständlich auf Meinungen von Ortsverbänden der CDU Rücksicht nimmt, was heißt, dass man sie zur Kenntnis nimmt. Es bedeutet aber auch, dass solche Dinge in der Fraktion besprochen werden. Und wenn ein CDU-Politiker in Sankt Augustin sagt, da machen wir nichts, dass das keinesfalls bedeutet, dass man automatisch innerhalb der Fraktion nicht mehr über die Thematik spricht

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

13		Anträge der Fraktionen	
-----------	--	-------------------------------	--

13.1.1	13/0026	Verkehrssituation/Schleichverkehr weg/Holzweg	Zedern-	FD 6/10, FB 1, FB 7
		SPD-Fraktion		

Herr Steinkamp von der Verwaltung stellte fest, dass, anders als im Antrag genannt, das Verkehrsaufkommen nicht gestiegen ist. Bei den Messungen im Jahre 2007 fuhren in beide Richtungen im Zedernweg in 24 Stunden 2.173 Fahrzeuge, bei der Messung Ende Februar 2013 waren es nur noch 1.884 im 24 Stunden-Durchschnitt. Gerade die Fahrtrichtung von Mülldorf zur Hennefer Straße habe drastisch abgenommen. Nur geringfügig haben sich die gefahrenen Geschwindigkeiten verringert, und zwar habe sich die Durchschnittsgeschwindigkeit von 41,3 auf 40,7 reduziert. Die Geschwindigkeitsspitzen seien in allen Bereichen insgesamt niedriger. Die Belastung im morgendlichen Berufsverkehr sei insgesamt deutlich reduziert worden. Leichte Steigerungen seien lediglich im Bereich von 15 bis 16 Uhr zu beobachten gewesen. Auch seien die Unfallzahlen wenig dramatisch. In den letzten 4 Jahren von 2009 bis 2012 sind auf der gesamten Strecke des Zedernweges 9 Verkehrsunfälle zu verzeichnen gewesen, davon 3 im Straßenbereich des Zedernweges. Insgesamt hat die Polizei dabei Schäden von 10.200,00 Euro festgestellt, wobei 7.600,00 Euro auf den Nebenstraßenbereich entfallen. Der Bereich Holzweg konnte noch nicht gemessen werden, da man im Bereich Ort mit Messungen beschäftigt ist. Möglicherweise werden die Zahlen in der nächsten Sitzung vorliegen.

Herr Seifen für die antragstellende SPD-Fraktion erkannte, dass die Zahlen nicht den Erfahrungen entsprechen, die man vor Ort gesammelt hat. Man werde sie für sich auswerten. Das Thema wird sicher noch einmal zum Thema werden, wenn z.B. das Zentrum bebaut wird.

Die antragstellende Fraktion teilte mit, dass der Antrag zurückgestellt wird und heute darüber nicht zu beschließen ist.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

13.1.2	13/0077	Maßnahmen zur Reduzierung von Fluglärm am Verkehrslandeplatz Hangelar und durch die Bundespolizei	FB 1, FD 6/10
		Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	

Der Ausschussvorsitzende rief zu diesem Tagesordnungspunkt gleichzeitig auch den Änderungsantrag der CDU- und FDP-Fraktion vom 19.03.2013, DS Nr. 13/0102 auf.

Der Ausschussvorsitzende erlaubte sich zu Beginn der Diskussion darauf hinzuweisen, dass der Beschlussvorschlag im Änderungsantrag zu ändern ist. Eine Passage laute, dass der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss die Durchführung einer Sondersitzung des Ausschusses zum Thema Flugplatz „beschließt“, hier könne es nur heißen,

dass er sie „verlangt“. Der weitere Aspekt sei der Satz „Vor dieser Sondersitzung wird über die beantragten Punkte der Grünen nicht abgestimmt.“ Dieser Satz könne so nicht stehen bleiben. Dies könne sich vielleicht aus der jetzt folgenden Diskussion ergeben.

Nunmehr ergriff Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort und begründete den Antrag seiner Fraktion. Einleitend stellte er fest, dass sich das Verhältnis zu Lärm in den letzten Jahrzehnten verändert habe. Lärm werde in seiner Wirkung anders wahrgenommen. Immer häufiger begegne man Lärm im Alltag. Es sei unerheblich, ob es sich um Fluglärm, Straßenlärm oder Schienenlärm handeln würde. Dort, wo Lärm vermeidbar ist, müsse er reduziert werden. Lärm, wenn und wo er entsteht, beeinträchtige immer die Bevölkerung. Es sollten alle Interessen wahrgenommen werden, damit Fliegen leiser wird. Bei der Lärmreduzierung stelle sich die Frage nach dem Weg. Die Befragung, die im Rahmenplanungsbeirat vorgestellt wurde, hat das Ergebnis gezeigt, dass die Bevölkerung durch den Lärm explizit durch den Flugplatz Hangelar teilweise massiv gestört wird. Parallel zum Antrag sei eine Anfrage auf den Weg gebracht worden, die sich im Wesentlichen mit der Umsetzung der Beschlüsse aus dem Jahre 2009 beschäftigt. Die Antwort auf die Anfrage ist vielleicht in Teilen juristisch nachvollziehbar, politisch sei sie ein Offenbarungseid. 2009 sei ein umfassender Beschluss gefasst worden, wonach nur in Teilen eine Umsetzung erfolgte. Mit diesem Antrag soll deutlich gemacht werden, dass man in eine stärker reduzierende Lärmregulierung gehe. Man möchte, dass die Flugzeuge leiser werden. Thema ist auch eine immissionsschutzrechtliche Prüfung. Man wolle die Gyrokopter verbieten, solange sie immer noch nicht lärmgemindert sind. Ein stückweit gehe es auch um die Bundespolizei. Man sei sich der dahintersteckenden Brisanz auch in Bezug auf die Frage bezüglich des Standortes der Bundespolizei Sankt Augustin insgesamt bewusst. Aber es könne kein Freibrief dafür sein, dass die Bundespolizei nachts um 0.30 Uhr über Wohngebiete üben dürfe. Fluglärm von der Bundespolizei gehöre zum Alltag, aber auch sie müsse sich an Regeln halten und Einschränkungen unterwerfen. Es muss die Fragestellung erlaubt sein, ob dies nicht der falsche Standort für die Luftfahrerschule der Bundespolizei ist. Der Antrag enthalte Dinge, die gehen und die möglich sind.

Herr Schell von der CDU-Fraktion teilte mit, dass man mit den vom Ausschussvorsitzenden gemachten Änderungsvorschlägen im Beschlussvorschlag keine Probleme habe. Das Lärm ein Thema ist, sei keine Frage. Er habe den Eindruck und sei darüber traurig, obwohl es in der Presse anders stand, dass das in gewisser Form ein Wahlkampfthema geworden ist. Dafür gebe es Indizien. Über den Ratsbeschluss von 2011, worüber auch von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesagt wurde, dass man damit Gutes erreicht habe, nachdem man sich zusammengesetzt und einen umfangreichen Konsens gefunden habe, und auch der Rahmenplanungsbeirat habe gute Zustimmung getroffen, so muss er als Vorsitzender dieses Beirates feststellen, dass, wenn es in Richtung Wahlkampf gehen würde, es bedauerlich wäre. Auch im aktuellen Flyer, der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Teilen von Hangelar verteilt wurde, stehe, dass weitere gewerbliche Entwicklungen am Flugplatz ohne zusätzliche Emission erfolgen sollen. Dies sei beschlossen worden. So ist es aber nicht beschlossen worden. Lärm sei ein relativer Begriff. Es gehe darum, dass die Immissionen bei den Anwohnern, insbesondere bezogen auf den Werkstattlärm, entsprechend geprüft werden. Einige Punkte im Antrag der Grünen seien gut. Der Antrag der Grünen sei aber gestellt worden, bevor die Bewegungszahlen des Flugplatzes veröffentlicht wurden. Die Motorflugzeuge seien um 24 % von 2012 zu 2011 zurückgegangen, was vielleicht auch zu einem Teil am Laermessgerät gelegen hat. Die Gyrokopter seien um 7 % zurückgegangen, die Hub-

schrauber seien im Vergleich zum Vorjahr sogar um 35 % zurückgegangen. Insgesamt habe man 23 % weniger Starts. Dadurch sei es auch zu weniger Fluglärm gekommen. Wenn man sich die Zahlenreihe über Jahrzehnte anschaut, muss man sagen, dass das auch wieder in einigen Bereich ansteigen könnte. Zum konkreten Antrag der Grünen stellte er fest, dass man sein Wissen vertiefen muss, insbesondere auch zu den rechtlichen Aspekten, die im Antrag der Grünen enthalten sind. Dies könne er anhand einiger Beispiele zu den Zahlen im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deutlich machen, die von den tatsächlichen Zahlen abweichen würden. Bezüglich der Flugschulen gewinne man durch den Antrag den Eindruck, dass Flugschulen Unternehmen 2. Klasse seien. Da werde z. B. zwischen Unternehmen und Flugschulen unterschieden. Grundsätzlich sei aus seiner Sicht eine Flugschule auch ein Unternehmen. Man wolle nicht mehr Flugschulen am Flugplatz. Was auch in der Begründung des Antrags fehlen würde, sei die Auskunft, aufgrund welcher Basis Hubschrauberrundflüge verboten werden sollen. Seine Fraktion möchte vermeiden, dass eine Gefährdung der Unternehmen vor Ort entstehe. Bevor ein Beschluss gefasst wird, möchte er mit Sicherheit wissen, welche Auswirkungen das bei den Unternehmungen habe. Man solle vorher erfahren, was z. B. auch von der Bezirksregierung machbar ist.

Weiter nahm Herr Schell zu den Forderungen im Antrag bezüglich der Übungsflüge nach Sonnenuntergang Stellung. Bezüglich der Hubschrauberflüge der Bundespolizei stellte er fest, dass die Bundespolizei Nachtflugübungen seit vielen Jahren immer in der dunklen Jahreszeit durchführt, und zwar so, dass sie möglichst spätestens um 22.00 Uhr beendet sind. Auch würde die Presse immer informiert, wenn solche Flüge stattfinden. Die Piloten der Landespolizei werden schon seit vielen Jahren in Hangelar ausgebildet. Das sei vor kurzem auch formal festgelegt worden. 1996 hatte die Bundespolizei 4.900 Starts, 2010 3.521 Starts und 2012 gab es 3.273 Starts am Flugplatz der Bundespolizei. Das sei innerhalb der 16 Jahre ein Rückgang um ein Drittel. Die Behauptung, es werde immer mehr, werde durch diese Zahlen nicht getragen. Zu diesem Rückgang komme auch noch ein Rückgang der durchschnittlichen Dezibelzahlen. Wichtige Übungsflüge würden in Hangelar nur noch im geringen Maß durchgeführt. Seitens der CDU sei in 2011 in Hangelar eine Veranstaltung durchgeführt worden, wobei man sich ausschließlich mit dem Fluglärm beschäftigte. Die Veranstaltung habe ungefähr 3 Stunden gedauert; der einzige von den beteiligten Unternehmen und Behörde, der die ganze Zeit von 150 anwesenden Bürgern nicht befragt wurde, sei der Leiter der Bundespolizei gewesen. Die Vorgehensweise der Grünen werde dem größten Arbeitgeber in Sankt Augustin nicht gerecht. Abschließend stellte er fest, dass auf vielen Bereichen ein Wissensdefizit besteht. Dieses sollte behoben werden. Es soll und muss beschlossen werden, was man selbst tun kann. Er warte auf eine Mitteilung, dass die Antwort eingegangen ist auf ein Schreiben, das die SPD-Fraktion vor fünf Monaten an die Bezirksregierung Düsseldorf gerichtet hat. Deswegen sei man der Meinung, dass, auch im Interesse der Zuschauer, die sicher auch dann kommen werden, alles in einer Sondersitzung besprochen wird, um dann zu sehen, was man beschließen kann.

Der Ausschussvorsitzende stellte fest, dass es ihm bei diesem Thema schwerfalle, sich nicht an der Diskussion zu beteiligen, aber er dennoch mitteilen könne, dass das von Herrn Schell angesprochene Schreiben bei Herrn Nüse von der Bezirksregierung angekommen wurde.

Dann ergriff Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion das Wort. Er zeigte sich verunsichert, da er aus den Ausführungen des Herrn Schell keine deutliche Positionierung seitens der CDU-Fraktion erkennen könne. Er habe das jetzt so wahrgenommen, dass die

CDU-Fraktion keine Lärmreduzierung habe möchte. Durch die Belege der sinkenden Flugzahlen sei man wohl der Meinung, es sei alles besser geworden. Daher möchte er die Position seiner Fraktion klarstellen, dass man für den Verkehrslandeplatz in Sankt Augustin-Hangelar ist, aber dass man auch – wie die Grünen – für keinen zusätzlichen Fluglärm ist, sondern für eine Reduzierung des Fluglärms. Es sei an der Zeit, dass die CDU- und die FDP-Fraktion Farbe bekennen, was sie haben möchten. Zu dem Antrag der Grünen könne er mitteilen, dass nicht mit jedem Punkt der Grünen mitgegangen werden kann, wie z. B. der Verlagerung des Ausbildungsstandortes der Bundespolizei. Eine Reduzierung des Standortes der Bundespolizei als wichtigem Arbeitgeber wird abgelehnt. Mit der Bundespolizei müssen aber Gespräche gesucht werden, um den Fluglärm zu vermeiden. Man erwarte für die Zukunft, dass die Bürgerinnen und Bürger die Akzeptanz zum Flugplatz wieder zurückgewinnen. Das ginge nur mit strengeren Regeln für den Landesplatz.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! traf zu Beginn seines Beitrages grundsätzliche Feststellungen. Vom und am Landeplatz Hangelar gebe es beträchtlichen Lärm, was allseits bekannt ist. Dazu sei Lärm eine gesundheitliche Beeinträchtigung, was das Wohlbefinden betrifft, aber auch Gesundheit bzw. Krankheit beeinflusst. Daraus folge, dass auch seine Fraktion den Lärm vom Flugplatz, soweit es geht, reduzieren möchte, ohne aber dem Flugplatz den Garaus zu machen. Man wolle den Erhalt des Flugplatzes, aber auch die Reduzierung des Lärms. Die Aufgabe grenze an einer „Quadratur des Kreises“. Beim Landeplatz gehe es nicht nur um Fluglärm, sondern auch um Lärm, der am Boden produziert wird. Bezüglich dieses letztgenannten Lärms habe man einen Bebauungsplan auf den Weg gebracht, mit dem reguliert werden kann, welche Betriebe dort ihre Berechtigung haben. Ohne einen Bebauungsplan hätte man gar keine Chance, lärmintensive Betriebe einfach über das Baurecht auszuschließen. Insgesamt sei es ein komplexes und kompliziertes Thema mit komplizierten gesetzlichen Regelungen und mit komplizierten Zuständigkeiten. Daher sei es gut, sich mit dem Thema, wie im Änderungsantrag begehrt, in einer Sondersitzung zu befassen. Dazu sollten die Fachleute hinzugezogen werden, die für den jeweiligen Regelungsbereich in diesem komplexen System von Regelungen zuständig sind. Sie müssen dabei sein, sonst würde ins Leere gesprochen werden. Im Übrigen könne man beschließen, was man wolle, das würde keine Wirkung haben, wenn nicht alle Gesellschafter, die diese Flugplatzlandschaft bilden bzw. die Gebietskörperschaften, die dahinterstehen, zusammen an einen Tisch kommen.

Für die FDP-Fraktion sagte Herr Züll zur Positionierung seiner Fraktion, dass im letzten Wahlprogramm gestanden hätte, wie man dazu stehe. Das bedeute, dass man zum Luftlandeplatz stehe. Hangelar sei ein lebenswerter Stadtteil trotz der Beeinträchtigung des Lärms. Aus seiner Sicht her käme Lärm nicht nur vom Luftlandeplatz, sondern auch von der Linie 66, der Deutsche Bahn AG, und, je nach Wetterlage, von dem ein oder anderen lauten Kahn auf dem Rhein. Ihn störe das nicht wirklich. Man stünde zum Luftlandeplatz und vor allen Dingen auch zum Standort der Bundespolizei. Bestimmte Einrichtungen des Bundes und der Länder müssten auch in Sankt Augustin sein. Bei allem was gemacht wird, müsse auf die Rechtmäßigkeit geachtet werden. Das sei man den Mitmenschen, die in dieser Stadt wohnen oder arbeiten, schuldig. Das man Lärm mindern müsse auf allen Ebenen, darüber sei man sich klar, ansonsten möchte man den Luftlandeplatz, aber auch den Standort der Bundespolizei erhalten. Abschließend wies er darauf hin, dass die Landesregierung plane, die sogenannte Lärmaktionsplanung zu erneuern mit der Zielrichtung, das in der Abänderung eines Erlasses aus dem Jahr 2008

die Auslösewerte von Aktionslärmp länen gesenkt werden sollen. Dazu komme aber der Zusatz, dass dies nicht für andere bestimmte Verkehrsträger gelten solle.

Herr Metz ergriff noch einmal das Wort und fand die Debatte spannend und es mache Freude, darüber zu diskutieren. Den Hinweis auf Wahlkampf im Hinblick auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne er strikt ab. Man befasse sich nicht nur in diesem Jahr, sondern seit vielen Jahren mit diesem Thema, da könne man nicht behaupten, dass ein Jahr vor der Kommunalwahl dies nun zum Wahlkampfthema erhoben werden soll. Bezüglich der Bundespolizei sei es merkwürdig, dass man schon wieder die Standortdiskussion festmache. Man rede seitens seiner Fraktion nicht vom Bundespolizeistandort insgesamt, es gehe einzig und allein um die Luftfahrtschule der Bundespolizei, die die Ausbildung von Hubschrauberpiloten der Bundespolizei, aber auch teilweise von Polizeien aus Europa durchführe. Es gehe lediglich um die Frage nach mehr Lärmschutz bzw. ob Übungstätigkeiten verlegt werden könnten. Bei der Vorgehensweise zur baulichen Entwicklung habe man im Rahmenplanungsbeirat Konsens gezeigt. Aber es bestehe ein Dissens, was die Flugbewegung als solche angeht. Zur Statistik stellte er fest, dass die Zahl der Motorflieger in diesem Jahr tatsächlich abgenommen habe, aber es seien keine Antworten auf die Frage, wann und zu welchen Zeiten der Lärm entsteht. Man möchte eine transparente Statistik haben. Zu den Flugschulen teilte er mit, dass es eine Flugschule gebe, die nur noch Flugzeuge mit erhöhten Schallschutzanforderungen einsetze. Das sei zu begrüßen, aber man frage sich, warum es bei den anderen Flugschulen nicht geht. Von der Flugplatzgesellschaft selber habe seine Fraktion noch keinen Vorschlag gehört, wie man den Fluglärm reduzieren könne. So könne es nicht weitergehen. Bestimmte Leute, auch von der Bezirksregierung usw., einzuladen, sei in Ordnung. Aber dann solle auch die Frage gestellt werden, was denn gehe, um Lärm zu reduzieren. Darum fordere er die Solidarität von denen, die sich durch Fluglärm, Verkehrslärm, Eisenbahnlärm beeinträchtigt fühlen.

Herr Schell ging auf die Frage von Herrn Nettesheim bezüglich der Positionierung der CDU-Fraktion ein. Die CDU sei ein klarer Befürworter des Verkehrslandeplatzes. Man sei gegen eine Maximierung von Flugbewegungen und gegen eine Maximierung von insbesondere Fluglärm. Man sei auch dafür, wenn es sinnvoll und machbar ist, dass im Bereich Fluglärm Reduzierungen erfolgen, sowohl bei den Fliegenden als auch beim Gewerbelärm. Man möchte erfahren, was geht, um sich messen zu lassen, was dann umgesetzt wird. Er verwies auf den 1. Punkt aus dem Antrag bezüglich des zivilen Bereiches, worin es um die Umsetzung der erhöhten Schallschutzanwendungen geht. Anders als es der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN suggeriere, gehe die Bundespolizei hin und reduziere Lärm. Europäische Piloten würden momentan überhaupt nicht ausgebildet. Auch bildet die Bundespolizei Fluglehrer in europäischen Ländern aus. Man sei nicht gegen alles im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bezüglich des 300 m-Korridors habe er ein Schreiben der Bezirksregierung, das besage, dass dieser Korridor nicht festgelegt ist. Wenn jemand anderes ein Schreiben habe, wo etwas anders steht, müsse das geklärt werden. Die Lärmgegner, die Flieger und die Politiker müssten einvernehmlich festlegen, worüber man redet und was möglich ist.

Herr Nettesheim meinte, dass es Zeit ist, jetzt etwas zu tun. Trotz der geringeren Flugbewegungen empfinden die Bürger, dass der Lärm nicht vermindert ist. Beim angesprochenen Lasergerät habe man zunächst nicht gewusst, dass es ein Prototyp ist. Es liefere Messwerte, die nicht verarbeitet werden können. Das sei nicht zu begreifen. Jetzt müsse endlich gehandelt werden.

Herr Köhler vom Aufbruch! stellte fest, dass davon auszugehen ist, dass gleich die Sondersitzung beschlossen wird. Das sei auch zu unterstützen. Er möchte aber noch einmal unterstreichen, was er vorhin schon gesagt hat, dass es nämlich nichts nützen wird, wenn Sankt Augustin die einzige Gebietskörperschaft ist, die sich das Expertenwissen und die Kenntnisse an Land holt. Auch die anderen Gebietskörperschaften müssen mit ins Boot geholt werden, damit sie auf denselben Stand der Information gebracht werden. Regelungen würden nicht von uns getroffen, sondern sie werden von der Bezirksregierung getroffen, in Gesetzen, in Verordnungen und in Gesellschafterversammlungen. Dazu gehöre es, alle Beteiligten ins Boot zu holen.

Der Ausschussvorsitzende stellte fest, dass er davon ausget, dass der Antrag auf eine Sondersitzung auf Mehrheit stoßen wird. Daher frug er die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, falls der Antrag auf Sondersitzung die Mehrheit finde, ob von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dann der Geschäftsordnungsantrag gestellt werde, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Sondersitzung zu verweisen. Das wurde seitens der Fraktion signalisiert.

Sodann waren die den Änderungsantrag stellenden Fraktionen damit einverstanden, dass im ersten Satz das Wort „beschließt“, durch „verlangt“ ersetzt wird. Der Ausschussvorsitzende machte deutlich, dass im 2. Satz die Formulierung „möglichst auch Experten“ gewählt wurde, er aber durch die Ausführungen davon ausgeht, dass die Teilnahme der Experten unbedingt notwendig ist. Dies wurde von Herrn Schell bestätigt, dass die Teilnahme der Experten, z. B. von der Bezirksregierung Düsseldorf als unumgänglich gehalten wird, da man aber nicht vorschreiben kann, dass sie daran tatsächlich teilzunehmen haben, soll das Wort „möglichst“ bedeuten, dass die Verwaltung und auch der Ausschussvorsitzende das möglichste daran setzen, die Experten zu dieser Sitzung einzuladen. Dies wurde so auch bestätigt.

Dann schlug der Ausschussvorsitzende vor, den Satz „Vor dieser Sondersitzung ...“ zu streichen, auch damit war der Ausschuss einverstanden.

Der Ausschussvorsitzende frug sodann, wer einverstanden sei, dem geänderten Beschlussvorschlag, der jetzt wie folgt lautet, zuzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss (UPV) verlangt die Durchführung einer Sondersitzung des Ausschusses zum Thema Flugplatz. In dieser sollen möglichst auch externe Experten zu den verschiedenen im Raum stehenden Themen vortragen und befragt werden können. Die Fraktionen werden gebeten, offene Fragen frühzeitig vor der Sondersitzung dem Ausschuss mitzuteilen.

einstimmig

Dann wurde der Ausschuss befragt, ob er einverstanden ist, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Sondersitzung verwiesen wird.

einstimmig

Danach unterbrach der Ausschussvorsitzende für 2 Minuten die Sitzung.

13.1.3	13/0102	Änderungsantrag zu TOP 13.1.2 „Maßnahmen zur Reduzierung von Fluglärm am Verkehrslandeplatz Hangelar und durch die Bundespolizei“ CDU	FD 6/10, FB 1
--------	---------	--	---------------

Wurde unter 13.1.2 beraten

14		Anfragen und Mitteilungen	
----	--	---------------------------	--

14.1		Anfragen	
------	--	----------	--

14.1.1	13/0080	Reduzierung des Fluglärms am Verkehrslandeplatz Hangelar Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	FB 1, FD 6/10
--------	---------	--	---------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

14.1.2	13/0092	Sachstand Verlagerung der Kaminholzproduktion nach Buisdorf CDU-Fraktion	FD 6/10, FD 6/30, WBF
---------------	----------------	---	------------------------------

Die schriftliche Beantwortung wird nachgereicht.

14.2		Mitteilungen	
-------------	--	---------------------	--

Mitteilungen wurden nicht gemacht.

Der Ausschussvorsitzende schloss um 22.05 Uhr die öffentliche Sitzung.